

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind**

Vom 27. Januar 2004

Inhalt	Seite		Seite
1 Einleitung			
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden	
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion	
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate	10
- 2.1.2 Motionen	2	- 3.1.2 Motionen	11
2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.1 Postulate	12
- 2.2.2 Motionen	6	- 3.2.2 Motionen	15
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion	
- 2.3.1 Postulate	6	- 3.3.1 Postulate	15
- 2.3.2 Motionen	8	- 3.3.2 Motionen	18
2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion		3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	
- 2.4.1 Postulate	8	- 3.4.1 Postulate	18
- 2.4.2 Motionen	8	- 3.4.2 Motionen	19
2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion		3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	
- 2.5.1 Postulate	8	- 3.5.1 Postulate	19
- 2.5.2 Motionen	9	- 3.5.2 Motionen	20
2.6 Landeskanzlei		3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht	
- 2.6.1 Postulate	10	- 3.6.1 Postulate	20
- 2.6.2 Motionen	10	- 3.6.2 Motionen	20
4 Anträge			20

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2003** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2002** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

2.1.1.1 2001/132; Postulat von Gerold Lusser vom 10. Mai 2001: Konzept über die Abwicklung und Entwicklung des Flugverkehrs in der Regio TriRhena; überwiesen am 24/01/2002

Die Regierung hat den Baselbieter Mitgliedern im Oberrheinrat das Postulat zur Kenntnis gebracht. Zudem wurde die Weiterbearbeitung in den Gremien der Oberrheinkonferenz mittels Schreiben an den Schweizer Delegationsleiter eingeleitet. *Damit sind die Forderungen des Postulats erfüllt, und es wird die Abschreibung beantragt.*

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 1998/039; Postulat von Hansruedi Bieri vom 19. Februar 1998: Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten; überwiesen am 14/05/1998

Im Rahmen der Sammelvorlage 2003/041 betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind, wurde über den Bearbeitungsstand orientiert. Im Jahre 2003 konnten diese Aktivitäten weiter vertieft werden. Im Rahmen seiner Aufgabenstellung betreibt der seit Ende 2002

tätige kantonale Wirtschaftsdelegierte eine zielorientierte Bestandes- und Kontaktpflege der Baselbieter Unternehmen. Dabei steht er der kantonalen Wirtschaft auch als lösungsorientierter Ansprechpartner für komplexe, vielschichtige Problemstellungen zur Verfügung und vermittelt die richtigen Kontakte zur kantonalen Verwaltung. Für regionale und kommunale Anliegen steht er in häufigem Kontakt mit Gemeindevertretern und dem Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Laufental.

Die Ausbildung von so genannten kommunalen Wirtschaftsbeauftragten konnte weiter im Sinne der postulierten Ziele arrangiert und vertieft werden. Die vom Gemeindeverwalterverband organisierte und durch die FHBB angebotene Weiterbildung für Gemeindeverwalter und Gemeinderäte wurde im letzten Jahr erstmals um das Modul "Wirtschaftsförderung und Standortmarketing" erweitert. Als Referenten für diesen zusätzlichen Ausbildungsteil haben sich der kantonale Wirtschaftsdelegierte und der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Laufental zur Verfügung gestellt.

Der Regierungsrat gestattet sich, seinen Antrag auf Abschreibung des Postulates zu erneuern.

2.2.1.2 1999/245; Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik; überwiesen am 25/11/1999

Vor zwei Jahren hat der Regierungsrat beschlossen, die Beziehungspflege zu den kantonalen Unternehmen in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung zurückzunehmen und durch Einrichtung der Funktion eines kantonalen Wirtschaftsdelegierten eine zentrale Anlaufstelle für die Anliegen der Baselbieter Wirtschaft zu schaffen. Der Gesamregierungsrat nimmt jährlich mehrere Betriebsbesuche vor und steht seinerseits als Kollegium und auch durch die einzelnen Regierungsmitglieder in regelmässigem, direktem Dialog mit den Baselbieter Unternehmen. Die Bestandesaufnahme über die regionale Wirtschaft konnte damit gezielt durch das Element der persönlichen Kontakte vertieft werden. Im November 2002 legte der Regierungsrat seinen Wirtschaftsbericht 2002 (Vorlage 2002/296) vor. Dieser wurde vom Landrat in seiner Sitzung vom 10. April 2003 zur Kenntnis genommen. Mit Vorlage Nr. 2003/231 unterbreitete der Regierungsrat schliesslich den mit Basel-Stadt zeitlich abgestimmten Wirtschaftsbericht 2003, der vom Bericht "Wirtschaft beider Basel 2003" als wirtschaftsstatische Standortbestimmung der beiden Statistischen Ämter Basel-Stadt und Basel-Landschaft begleitet ist. Das Postulat aus dem Jahre 1999 zielte auf eine deutlich aktivere Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen Fragestellungen ab. Diese ist heute seitens der kantonalen Verwaltung, der Regierung und auch des Parlamentes gegeben.

Der Regierungsrat gestattet sich deshalb, seinen Antrag auf Abschreibung des Postulates zu erneuern.

2.2.1.3 2001/036; Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen; überwiesen am 26/04/2001

Seit dem 1. April dieses Jahres haben die Tiere endlich einen eigenen Rechtsstatus. Dies bedeutet, dass eine Katze nicht länger mit einem Stuhl oder eine Kuh mit einem Traktor gleichgesetzt werden kann. Diese Neuerung wirkt sich in erster Linie im zivilrechtlichen Bereich aus und sie hat keine direkten Auswirkungen auf die Tierschutzgesetzgebung. Indirekt zeigt sie jedoch, dass sich auf der für die Tierschutzgesetzgebung zuständigen Bundesebene die Einstellung zum Tier wesentlich verändert hat. Daher soll der zuständige Bundesgesetzgeber die Frage der Verbandsklage bearbeiten und nicht der kantonale Gesetzgeber.

Der Regierungsrat beantragt aus dem dargelegten Grunde die Abschreibung des Postulates.

2.2.1.4 2001/115; Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbeareale; überwiesen am 31/05/2001

Verschiedene elektronische Lösungen Dritter oder der kantonalen Verwaltung ermöglichen heute interessierten Personen oder Unternehmen einen schnellen Zugriff auf die Informationen verfügbarer Objekte oder Areale innerhalb des kantonalen Wirtschaftsraumes. Dabei kommt vor allem der Aktualität und Aussagekraft dieser Datenbestände eine wesentliche Bedeutung zu. Hinsichtlich der kantonalen Verwaltung konnte dieses Angebot im Verlauf der letzten beiden Jahre wesentlich erweitert und verbessert werden. Neben den umfangreichen Gebäude- und Flächeninformationen, welche durch das kantonale Vermessungs- und Meliorationsamt mittels den Applikationen GIS und PARZIS aufbereitet und angeboten werden, verfügt nunmehr auch die Wirtschaftsförderung beider Basel über eine umfangreiche, leistungsfähige und vielschichtige Internetlösung.

In Zusammenarbeit mit einem externen Immobilienmakler werden Infrastrukturangebote laufend aktualisiert und bei Bedarf in persönlichem Kontakt mit den Interessenten vertieft. Dabei stehen die Spezialisten der Wirtschaftsförderung beider Basel in engem Kontakt mit dem Leiter der kantonalen Liegenschaftsverwaltung.

Im Sinne einer weiteren Ergänzung dieser Angebote befasst sich das Amt für Raumplanung der Bau- und Umweltschutzdirektion mit der Erarbeitung einer Immobilien- resp. Grundstücksdatenbank auf Internetbasis, um das Angebot an Raum- und Arealmöglichkeiten der kantonalen Verwaltung noch besser mit den bereits heute bestehenden Lösungen zu vernetzen resp. darauf abzustimmen.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.2.1.5 2001/212; Postulat von Jörg Krähenbühl vom 6. September 2001: Sicherheit während psychiatrischer Betreuung in U-Haft / im Strafvollzug; überwiesen am 24/01/2002

Der Leistungsauftrag verpflichtet die Kantonale Psychiatrische Klinik, Patientinnen und Patienten jeder Diagnose, inklusive Notfälle und Zwangseinsweisungen, aufzunehmen. Die strukturellen Bedingungen schränken die Aufnahmeverpflichtung jedoch ein. Andererseits stand nie zur Debatte, eine spezielle forensische Station zu führen. Dafür ist der Bedarf in unserem Kanton viel zu klein. Diese Patientinnen und Patienten werden immer im Rahmen der Akutstationen aufgenommen, selbstverständlich unter bestimmten Sicherheitsvorkehrungen.

Auf jeder der drei Akutstationen im Haus B steht für Fälle mit leichten bis mittleren Sicherheitsanforderungen je ein Sicherheitszimmer zur Verfügung, welches doppelt gesichert werden kann. Diese drei Zimmer genügen den Kapazitätsanforderungen. In den Zeiten, als die Klinik chronisch überbelegt war, gab es allerdings auch Engpässe. Durch Eröffnung einer 4. und einer 5. Akutstation konnte die prekäre Situation im Akutbereich jedoch massgeblich verbessert werden. Es steht nun auch für strafrechtlich belastete Personen mehr Platz zur Verfügung. Nach dem Umbau des Hauses A (Sommer 2005) werden die KPD über noch mehr polyvalente Abteilungen verfügen. Die Situation in den Akutabteilungen wird dadurch weiter entschärft.

Die schätzungsweise fünf Fälle pro Jahr, die wegen der hohen Anforderungen sowohl auf der Behandlungsseite als auch auf der Sicherheitsseite weder in den Gefängnissen noch in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik untergebracht werden können, müssen ausserkantonale (PUK Basel) platziert werden. Bei Kapazitätsproblemen auf der Forensischen Abteilung der PUK Basel kann die KPK jedoch keine Priorität beanspruchen. Im Rahmen der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept BL wird vorgeschlagen, dass sich der Kanton Baselland eine angemessene Zahl von Plätzen für solche psychisch kranken Gefangenen in der PUK Basel mit einem Kooperationsvertrag sichert. Die Fragestellung wird damit über die Umsetzung der Folgeplanung II Psychiatrie aktiv bearbeitet.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.6 2000/245; Postulat der Fraktion der Grünen vom 30. November 2000: Schaffung einer zeitlich befristeten Kommission zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt zur Erarbeitung einer kurzfristigen, mit Basel-Stadt koordinierten und zukunftsverträglichen Spitalplanung; überwiesen am 07/02/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Darin wird als Folgeschritt die Verzahnung des Strategieberichts mit den Planungen BS

und der übrigen Kantone in der Nordwestschweiz vorgesehen. Ausserdem wird folgend aus der Bedarfsplanung festgehalten, dass das Kantonsspital Bruderholz auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil der Spitalversorgung bleibt.

Gemäss Landratsvorlage 2003/168 wurde ein Kredit von gut 15 Mio. Franken für sicherheitsrelevante Massnahmen im Kantonsspital Bruderholz am 16. Oktober 2003 beschlossen. Die Ausführung der zweiten Etappe mit einer Kostenhöhe von ca. Fr. 25 Mio. Franken wird nach Vorliegen der ersten Resultate aus der regionalen Spitalplanung und nach neuen Dringlichkeits- und Risikobeurteilungen in rund zwei Jahren dem Landrat beantragt werden.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.7 2000/260; Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung; überwiesen am 07/02/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Darin wird als Folgeschritt die Verzahnung der Strategieberichts mit den Planungen BS und der übrigen Kantone in der Nordwestschweiz vorgesehen. Parallel dazu sollen die Arbeiten im Projekt regionale Spitalplanung beider Basel in den Teilprojekten zur Medizinischen Fakultät und der Entflechtung der Finanzströme vorangetrieben werden.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.8 2001/252; Postulat von Franz Ammann vom 25. Oktober 2001: Sparmassnahmen an den Kantonsspitalern; überwiesen am 28/02/2002

Die Staatsrechnung 2002 zeigt, dass das Kantonsspital Liestal rund 3 Millionen Franken besser als budgetiert abgeschlossen hat. Auch die Kantonalen Psychiatrischen Dienste konnten mit rund 450'000 Franken unter Budget abschliessen. Demgegenüber erzielten die Kantonsspitäler Bruderholz und Laufen ein um 1,2 bzw. 1 Million Franken schlechteres Resultat. Insgesamt konnte also ein besseres Resultat erzielt werden als budgetiert. Die Jahresteuern ist kein geeigneter Massstab zur Bemessung bzw. Limitierung der Kosten in der stationären Gesundheitsversorgung. Das Kostenwachstum ist abhängig von der Anzahl Patientinnen und Patienten, vom Krankheitsbild und der notwendigen Therapie. Die Zielsetzung besteht darin, durch eine adäquate, auf die der stationären Versorgung vor- und nachgelagerten Strukturen abgestimmte Patientenversorgung und eine bedarfsgerechte Gesamtspitalversorgung (d.h. in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt und den Teilgebieten der Nachbarkantone Solothurn und Aargau) das Kostenwachstum im Gesundheits-

wesen zu bremsen (vgl. dazu Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft, Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269).

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.9 2001/269; Postulat der SP-Fraktion vom 8. November 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums "Wirtschaftspolitik"; überwiesen am 21/03/2002

Mit verschiedenen Massnahmen hat der Regierungsrat im Verlauf der letzten Jahre die wirtschaftspolitischen Strukturen, Kompetenzen und Ressourcen innerhalb der kantonalen Verwaltung erweitert und verstärkt. Innerhalb des Regierungsrates wurde in diesem Sinne eine regierungsrätliche Wirtschaftskommission geschaffen, die bedarfsorientiert eingesetzt wird und die auch in der Konsultativkommission des Wirtschaftsförderungsgesetzes vertreten ist.

Mit der Neubesetzung des Leiters der Abteilung Volkswirtschaft in der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion wurde auch dessen Aufgabengebiet sinngemäss angepasst und erweitert. Im Vordergrund seiner Tätigkeit stehen die in den Verantwortungsbereich der kantonalen Verwaltung zurückgenommene Kontakt- und Bestandespflege der Baselbieter Wirtschaft und die Bearbeitung sowie Beantwortung wirtschaftspolitischer Frage.

Mit einer Arbeitsgruppe Raum und Wirtschaft, bestehend aus Fachleuten der kantonalen Verwaltung und ausgewählten "Annexbetrieben", wurde ein Gefäss zur Diskussion und Klärung von Fragen der räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des Kantons geschaffen. Ein- bis zweimal pro Jahr wird dieses Gremium mit Exponenten und Fachleuten aus der Wirtschaft erweitert. Im Vordergrund stehen dabei der Wissens- und Erfahrungsaustausch mit den wirtschaftlichen Akteuren, vor allem hinsichtlich der geleisteten und zu leistenden Arbeit der öffentlichen Verwaltung.

Mittels einer jährlichen Studie untersucht die BAK Basel Economics die spezifische Entwicklung von Leistungsfähigkeit und Wertschöpfung des Wirtschaftsraumes Nordwestschweiz bis auf Stufe Bezirk. Damit konnte eine wesentliche Grundlage zur Erfassung, Analyse und Früherkennung von aktuellen oder künftig sich abzeichnenden Problemen innerhalb der kantonalen und regionalen Wirtschaftsstrukturen geschaffen werden. Insbesondere lassen sich daraus auch Rückschlüsse auf Faktoren wie Konkurrenzfähigkeit und Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes ableiten. Damit wiederum stehen dem Regierungsrat rechtzeitig wesentliche Entscheidungsgrundlagen für die Gestaltung, Anpassung und Optimierung von Standortfaktoren zur Verfügung.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.2.1.10 2002/268; Postulat von Urs Wüthrich vom 31. Oktober 2002: Briefpostzentrum muss in der Region bleiben!; überwiesen am 14/11/2002

Ende Mai 2003 hat der Verwaltungsrat der Post entschieden, die bestehenden 18 Briefverarbeitungscentren im Verlauf der kommenden sechs Jahre sukzessive zu schliessen und die ganzen Aktivitäten in diesem Bereich bis dahin auf drei Haupt- und sechs regionale Zentren zu konzentrieren. Die bestehende Briefpostverarbeitungsanlage in Basel bleibt damit erhalten, wird aber gemäss den Plänen der Post in ein wesentlich kleineres Subverarbeitungszentrum umgewandelt.

Die Regierungen der beiden Basel haben sich nach Bekanntgabe des Reorganisationsprojektes "REMA", das ursprünglich eine vollständige Schliessung des heutigen Briefverarbeitungscentrums in Basel vorsah, auf eidgenössischer Ebene vehement für die Erhaltung dieser Anlage eingesetzt. In der Folge wurde eine interkantonale Task Force, bestehend aus Bundesparlamentarinnen und -parlamentariern beider Kantone, Vertreterinnen und Vertretern beider Kantonsregierungen und Kantonsparlamente sowie von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden gebildet, mit dem Zweck des Informationsaustausches und der Abstimmung der Lobby-Arbeit auf allen Ebenen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass nur dank diesem breiten Bündnis und dem koordinierten Einsatz aller Beteiligten schliesslich eine Nulllösung verhindert werden konnte.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.2.1.11 2002/199; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Ergänzung der Grobmodelle; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt darin zum Schluss, dass die arbeitsteilige Aufgabenerfüllung zwischen den beiden Basel (hochspezialisierte Versorgung zentralisiert, Grundversorgung und erweiterte Grundversorgung dezentralisiert) weiterzuführen ist. Die verschiedenen Grobmodelle und die Variante "Konzentration der universitären Medizin auf ein Universitätsspital" im Teilprojekt 3 der Regionalen Spitalplanung beider Basel sollen deshalb nicht mehr weiter verfolgt werden.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.12 2002/183; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Angemessene Berücksichtigung der privaten Trägerschaften bei der koordinierten regionalen Spitalplanung!; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt zum Schluss, dass die Regeln für den vorgesehenen Leistungseinkauf für öffentliche und private Leistungsanbieter gelten. Gemäss Art. 39 des Krankenversicherungs-

gesetzes sind private Trägerschaften "angemessen in die Planung einzubeziehen". Durch das Scheitern der zweiten Teilrevision KVG am 17. Dezember 2003 muss das konkrete weitere Vorgehen neu beurteilt werden; an der Zielrichtung hat sich jedoch nichts geändert.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.13 2002/271; Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Medizinische Zentrumsbildung in der Region; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt darin zu folgendem Schluss: Die arbeitsteilige Aufgabenerfüllung zwischen den beiden Basel (hochspezialisierte Versorgung zentralisiert, Grundversorgung und erweiterte Grundversorgung dezentralisiert) ist weiterzuführen. Die verschiedenen Grobmodelle und die Variante "Konzentration der universitären Medizin auf ein Universitätsspital" gemäss Teilprojekt 3 der Regionalen Spitalplanung beider Basel sind nicht weiter zu verfolgen.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.14 2002/228; Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Bedarfsgerechtigkeit als Eckwert in der Spitalplanung; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt darin zum Schluss, dass infolge der demographischen und medizinischen Entwicklung die Fallzahlen in den nächsten Jahren kontinuierlich zunehmen werden. Die vorhandene Bettenkapazität im Akutspitalbereich ist dennoch für die Versorgung der Bevölkerung auch in Zukunft ausreichend. Dazu muss weiterhin eine Verschiebung zur Kurzzeithospitalisation, zur ambulanten Behandlung, zur frühzeitigen Rehabilitation und zur gesicherten Langzeitpflegeversorgung ermöglicht und insbesondere die Aufnahmekapazitäten für Langzeitpflegebedürftige ausserhalb der Akut-Spitäler erhöht werden. Ausserdem wird das Kantonsspital Bruderholz auch in Zukunft ein unverzichtbarer Teil der Spitalversorgung des Kantons Basel-Landschaft sein.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.15 2002/231; Postulat von Madeleine Göschke vom 19. September 2002: Mehrfach geführte Zentrums-Kliniken zusammenlegen; überwiesen am 28/11/2002

Im Anhang des Berichts der Arbeitsgruppe Dezentralisierbarkeit aus dem Projekt Regionale Spitalplanung beider Basel (LRV 2002/136) wurde die im Postulat verlangte Liste erstellt.

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt darin zum Schluss, dass die arbeitsteilige Aufgabenerfüllung zwischen den beiden Basel (hochspezialisierte Versorgung zentralisiert, Grundversorgung und erweiterte Grundversorgung dezentralisiert) weiter zu führen ist. Damit wird sichergestellt, dass die hochspezialisierte Medizin an den Zentrumskliniken im Kantonsspital Basel erbracht wird.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.16 2002/159; Postulat der CVP / EVP - Fraktion vom 20. Juni 2002: UKBB und regionale Spitalplanung; überwiesen am 28/11/2002

Im Zusammenhang mit der Gewährung eines Kredits für die Vorprojektphase für die Errichtung eines Neubaus des Universitätskinderspitals beider Basel (LRV 2002/136) wurde die Frage der Einmietung des UKBB am Kantonsspital Basel geprüft und beschlossen, diese aus Platzgründen nicht weiter zu verfolgen. Der Prozess der medizinischen Schwerpunktbildung ist schweizweit eingeleitet. Im Herbst 2003 wurde der Bericht des Projekts "Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin" der Arbeitsgruppe Spitzenmedizin der SDK einer Vernehmlassung unterzogen. Am 4. Dezember 2003 erteilte die Plenarversammlung der SDK dem Vorstand die Kompetenz zur Einsetzung der Interkantonalen Kommission "Konzentration der hochspezialisierten Medizin" (CI-COMS), damit die Arbeiten auf fachlicher Ebene ohne Verzug vorangetrieben werden können.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.1.17 2002/270; Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Bedarfsabklärung als Grundlage der gemeinsamen Spitalplanung; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Dieser beinhaltet eine umfassende Bedarfsplanung für die Baselbieter Bevölkerung. Die Regierung kommt zum Schluss, dass infolge der demographischen und medizinischen Entwicklung die Fallzahlen in den nächsten Jahren kontinuierlich zunehmen werden. Die vorhandene Bettenkapazität im Akutspitalbereich ist dennoch für die Versorgung der Bevölkerung auch in Zukunft ausreichend. Dazu muss weiterhin eine Verschiebung zur Kurzzeithospitalisation, zur ambulanten Behandlung, zur frühzeitigen Rehabilitation und zur gesicherten Langzeitpflegeversorgung ermöglicht und insbesondere die Aufnahmekapazitäten für Langzeitpflegebedürftige ausserhalb der Akut-Spitäler erhöht werden. Ausserdem wird das Kantonsspital Bruderholz auch in Zukunft ein unverzichtbarer Anteil der Spitalversorgung des Kantons Basel-Landschaft sein.

Die Planungen der verschiedenen Kantone in der Nordwestschweiz sollen in einem weiteren Schritt im Hinblick auf die Revision der Spitalfinanzierung miteinander in entsprechenden Arbeitsgruppen verzahnt werden. Das Scheitern der zweiten Teilrevision KVG am 17. Dezember 2003 hat an der Zielrichtung nichts geändert.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 1988/278; Postulat von Peter Brunner vom 31. Oktober 1988: Umweltfreundliches kantonales Wasserbaukonzept; überwiesen am 02/12/1991

Die Landratsvorlage 2003/183 bezüglich Revision des Wasserbaugesetzes ist bereits in der Kommissionsberatung im Landrat. Darin enthalten ist auch die Pflicht zur Erstellung eines Wasserbaukonzeptes für Revitalisierungen, Hochwasserschutz und Korrekturen. Dieses Konzept entspricht den Zielen des Postulates.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.2 1991/092; Postulat der SP-Fraktion vom 22. April 1991: Naturgerechtes kantonales Wasserbaukonzept; überwiesen am 02/12/1991

Die Landratsvorlage 2003/183 bezüglich Revision des Wasserbaugesetzes ist bereits in der Kommissionsberatung im Landrat. Darin enthalten ist auch die Pflicht zur Erstellung eines Wasserbaukonzeptes für Revitalisierungen, Hochwasserschutz und Korrekturen. Dieses Konzept entspricht den Zielen des Postulates.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.3 1994/258; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 1994: Änderung des Umweltschutzgesetzes § 21 "Kostendeckung - Siedlungsabfälle"; überwiesen am 16/02/1995

Das Postulat hätte in Verbindung mit LRV 2002/152 (Änderung USG) abgeschrieben werden sollen. Der Kommissionsbericht vom 12. September 2002 erwähnte, dass das Postulat «unter der Voraussetzung, dass der Landrat die vorgeschlagene Gesetzesänderung gutheisst» abgeschrieben werden könne. Versehentlich wurde das Postulat dann jedoch vom Landrat nicht formell abgeschrieben.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.4 1996/035; Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen); überwiesen am 18/04/1996

Die im Postulat verlangte Zuweisung von Sonderabfällen aus BL zur Regionalen Sondermüllverbrennungsanlage (RSMVA) ist im heutigen Umfeld (freier 'Markt' mit sehr grossen Preisunterschieden bei den Entsorgungsangeboten, unterschiedliche Entsorgungsstandards innerhalb der Schweiz) nicht vertretbar, da die Firmen in BL ungebührlich benachteiligt würden. Zudem würde eine solche Massnahme angesichts der kurzen Restlaufzeit des RSMVA-Vertrages bis September 2005 kaum mehr wirksam.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.5 1996/150; Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romande - Region Basel gefährdet; überwiesen am 09/01/1997

Der Regierungsrat setzt sich dauernd für die direkte Eisenbahnverbindung in die Westschweiz ein. Seit Fahrplanwechsel vom 14. Dezember 2003 werden auf der Verbindung Basel - Biel/Bienne - Genève die neuen Intercity-Neigezüge eingesetzt. Damit ist die Linie aufgewertet. Von einer Gefährdung kann nicht mehr gesprochen werden.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.6 1997/189; Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten; überwiesen 25/09/1997

Der Kanton Solothurn lehnt eine Ausdehnung des U-Abonnements bis Olten ab. Die Linie Sissach-Läfelfingen-Olten ist Teil des Regio-S-Bahn-Netzes.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.7 1998/079; Postulat von Hanspeter Frey vom 23. April 1998: Projektierung und Bau einer dritten Tunnelröhre am Belchentunnel; überwiesen am 28/05/1998

Das Generelle Projekt wurde im März 2003 vom Bundesrat genehmigt. Die öffentliche Planaufgabe des inzwischen erstellten Ausführungsprojekts beginnt im Januar 2004. Die Vorgaben des Volksentscheids vom 18.05.2003 werden eingehalten.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.8 1999/189; Postulat der FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz; überwiesen am 24/02/2000

Verhandlungen der Baudirektion mit den SBB haben dazu geführt, dass die Abgeltungskosten pro Kilometerleistung ab 2001 um bis zu 25 % gesenkt wer-

den konnten. Dies entspricht dem Potenzial, welches in der Studie der Handelskammer aufgezeigt wurde.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.9 1999/254; Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden; überwiesen am 24/02/2000

Die Thematik ist Bestandteil des vom Landrat 2001 genehmigten Regionalplans Siedlung. Dieser sieht ländliche Gewerbestützpunkte an gut erschlossenen Lagen vor. Ländliche Gewerbestützpunkte werden in den kantonalen Richtplan übernommen werden. Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebieten und Gemeinden ist jederzeit durch die Gemeinden möglich.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.10 2000/132; Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln; überwiesen am 21/09/2000

Mit dem Plangenehmigungsverfahren (PGV) "Lärmsanierung der Eisenbahnen" in der Gemeinde Pratteln vom 08. Januar 2002 haben das zuständige Bundesamt für Verkehr (BAV) und die SBB ihre gesetzliche Pflicht erfüllt. Inzwischen hat auch die entsprechende Verfügung der Sanierungsmassnahmen durch das BAV Rechtskraft erlangt.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.11 2001/026; Postulat von Franz Ammann vom 25. Januar 2001: Schaffung klarer Berechnungsvorgaben für Sackgebühren; überwiesen am 05/04/2001

Die Anliegen des Postulates werden im Rahmen der "Wegleitung für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden" und der "Materialien zur Einführung einer Grundgebühr" in den wesentlichen Punkten erfüllt. Zudem erachtet der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) weitere Vorgaben des Kantons gegenüber den Gemeinden in diesem Bereich nicht als opportun.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.12 2001/068; Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnlinien; überwiesen am 10/05/2001

Die Überwachung der Lärmentwicklung der SBB ist in der "Verordnung über die Lärmsanierung der Eisenbahnen" SR 742.144.1 in Artikel 5 festgehalten. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) führt permanente Erhebungen über die Entwicklung des Eisenbahnlärms durch und informiert periodisch über deren Ergebnisse. Dabei werden auch Achszähler und Geschwindigkeitssensoren eingesetzt. Eine solche Monitoring-Station befindet sich zwischen Itingen und Sissach

an der Stammlinie Basel-Olten. Die periodischen Berichte können im Internet unter der folgenden Adresse eingesehen werden:
<http://www.bav.admin.ch/index.cfm?nav=businessinfo&NavID=4,60&sprache=d>.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.13 2001/229; Postulat von Max Ribi vom 20. September 2001: "Fast food"-, "Fast drink" - Abgabe; überwiesen am 29/11/2001

Der Kanton verfügt nach übereinstimmender Aussage der Fachleute beim Bund nicht über die Kompetenz zur Erhebung von Abgaben auf bestimmten Konsumartikeln. Die zuständigen Amtsstellen arbeiten aber zusammen mit dem BUWAL und den Gemeinden auf anderen Wegen an der Problematik, so z.B. mittels Aktionen im Rahmen der jährlichen "Clean-up-days" oder mit Broschüren über Mehrweg-Angebote.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.2 Motionen

2.3.2.1 1998/219; Motion von Emil Schilt vom 29. Oktober 1998: Bahn 2000 im Raume Liestal; überwiesen am 04/03/1999

Das Teilstück der Bahn im Raume Liestal wird im Rahmen von Bahn 2000, 2. Etappe bearbeitet. Der Landrat hat sich 2003 gegen eine Tieflage im Bereich Bahnhof ausgesprochen. Entscheide auf Bundesebene fallen frühestens 2006 (siehe Beantwortung der Motion 1998/192). Der Wettbewerb zur Entwicklung des Bahnhofgebietes Liestal unter Federführung des kantonalen Amtes für Raumplanung ist abgeschlossen. Die Stadt Liestal erarbeitet auf der Grundlage der Wettbewerbsergebnisse die notwendigen Quartierpläne.

Antrag: Die Motion sei abzuschreiben.

2.3.2.2 2003/137; Motion von Remo Franz vom 12. Juni 2003: Sicherheitskonzept vor den Landrat; überwiesen am 12/06/2003 ^{*1}

Der Regierungsrat verzichtet auf die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes im Regierungsgebäude nach RRB 504 vom 1. April 2003. Die Sicherheit wird mit den bereits heute stattfindenden Personenkontrollen während Landratssitzungen gewährleistet. Die von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zudem geforderten Sicherheitsmassnahmen werden ebenfalls nicht ausgeführt. Nur die notwendigen Brandschutzmassnahmen werden im Jahre 2004 umgesetzt.

Antrag: Die Motion sei abzuschreiben.

2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

2.4.1 Postulate

2.4.1.1 1998/218; Postulat von Peter Tobler vom 29. Oktober 1998: Ergänzung der Zivilprozessordnung; überwiesen am 15/04/1999

Der Vernehmlassungsentwurf für eine gesamtschweizerische Zivilprozessordnung enthält eine Regelung im Sinne des Vorstosses.

Antrag: Abschreibung des Postulates.

2.4.1.2 2001/208; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2001: Gesetz über die Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten; überwiesen am 24/01/2002

Die Motion befürchtete eine Aufweichung der strikten kantonalen Gesetzgebung im Bereich der Konsumkreditbewilligung durch die neue Bundesgesetzgebung und verlangt, der Regierungsrat habe die künftige "Gesetzgebung so zu gestalten, dass das heute geltende kantonale Recht nicht beschnitten wird." Tatsächlich beansprucht der Bund im revidierten Konsumkreditgesetz eine abschliessende materielle Gesetzgebungskompetenz. Er überlässt den Kantonen lediglich die Kompetenz des Bewilligungsverfahrens. Für die Kantone bleibt somit kein Handlungsspielraum. Die kantonale Ausführungsverordnung ist vom Regierungsrat verabschiedet.

Antrag: Abschreibung des Vorstosses.

2.4.2 Motionen

Keine.

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 1995/200; Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame KindergärtnerInnenausbildung BL/BS; überwiesen am 25/01/1996

Ist mit der Vorlage HPSA-BB (2001/309) erfüllt und kann abgeschrieben werden.

2.5.1.2 1996/020; Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 25. Januar 1996: Gemeinsame Ausbildung der Primarlehrkräfte BL/BS; überwiesen am 25/03/1996

Ist mit der Vorlage HPSA-BB (2001/309) erfüllt und kann abgeschrieben werden.

¹ Gesetzl. Frist zur Erfüllung noch nicht abgelaufen

2.5.1.3 2000/145; Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion; überwiesen am 30/11/2000

Die Schweiz. Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat die Empfehlungen zur Koordination des Sprachenunterrichtes in der obligatorischen Schule vom 1.6.01 nicht beschliessen können. Strittig ist nach wie vor die Frage der Staffelung des Fremdsprachenbeginns. Der Kanton BL trat aus staats-, kultur-, regional- und wirtschaftspolitischen Überlegungen für die interkantonale Schulkoordination mit Französisch als erster Fremdsprache ab 3. Primarschuljahr und Englisch als zweiter Fremdsprache ab 5. Primarschuljahr ein. Die BKSD unterstützt die Weiterentwicklung des Fremdsprachenunterrichts zur Förderung der Mehrsprachigkeit auch im Sinne der Nutzung der Standortgunst der Region. Sie präferiert ein interkantonales oder zumindest nahregional mit den Nachbarkantonen und nach Möglichkeit auch mit der Oberrheinregion abgestimmtes Gesamtsprachenkonzept. Gegenwärtig bereitet die Arbeitsgruppe Erziehung und Bildung der Oberrheinkonferenz die Einsetzung eines Expertenausschusses für ein "Gesamtsprachenkonzept Oberrhein" vor. Die bisherigen Anstrengungen zum SchülerInnenaustausch in der Schweiz (insbesondere CH-Stiftung, Arbeitsgruppe Sprachen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz, Arbeitsgruppe Erziehung und Bildung der Oberrheinkonferenz) werden namentlich mit dem INTERREG-III-Projekt TRISCHOLA am Oberrhein weitergeführt und vertieft. Zu d): Es bestehen bereits Angebote wie z.B. der Lehrlingsaustausch und "premier emploi".

Das Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 hat in § 5 Absatz 2 die Förderung der Herkunftssprachen neu geregelt.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzusprechen.

2.5.1.4 2000/244; Postulat der FDP-Fraktion vom 30. November 2000: Inventar der Immobilien, die von der Uni Basel genutzt werden; überwiesen am 22/02/2001

Ist mit dem Vertrag vom 23.9.2003 geregelt. (Das Nutzungskonzept – Punkt 2 des Postulats – existiert beim Unirat, ist aber nicht öffentlich).

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzusprechen.

2.5.1.5 2001/055; Postulat vom 16. März 2001: "Hitzefrei im Kanton Basel-Landschaft"; überwiesen am 26/04/2001

Ist mit dem neuen Bildungsgesetz in den Verordnungen zu den Schularten geregelt.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzusprechen.

2.5.1.6 2001/045; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung; überwiesen am 31/05/2001

Der Kanton hat sein Engagement für Berufsbildung verstärkt. Für Leistungsstarke sind die Informatikleh-

re, die KV-Lehre und die Lehren im Gesundheitswesen geschaffen worden; für Schwächere u.a. die Attestausbildungen. Bemerkenswert ist, dass im Kanton Baselland die Anmeldezahlen für die Gymnasien stabil sind. Mit der Berufsmatura wird neu eine Passerelle (Pubs) an die Universität geschaffen.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzusprechen.

2.5.1.7 2001/093; Postulat von Mirko Meier vom 5. April 2001: Fach Lerntechnik an den Schulen; überwiesen am 10/01/2002

Für den neuen Stufenlehrplan der Sekundarschule wurde im Auftrag des Erziehungsrates ein Lehrplan "Lernmethodik" als Teil des Bildungsbereiches "Individuum und Gemeinschaft" ausgearbeitet. Die Vorlage ging am 15.8.03 in die Vernehmlassung. Der Bildungsrat berät gegenwärtig über die Inkraftsetzung ab Schuljahr 2005/06. An der Sekundarschule Sissach wurden bereits praktische Erfahrungen mit einer stärkeren Gewichtung der Vermittlung lernmethodischer Kompetenzen gesammelt, und es wurde auch ein entsprechendes Lehrmittel abgegeben. Ferner besteht eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau zur Erarbeitung einer Handreichung "Lernmethodik" für die Unterstützung der Lehrpersonen. Bei einer Inkraftsetzung des Stufenlehrplans Sekundarschule werden in der Folge begleitend zur Einführung Fortbildungsangebote bereitzustellen sein.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzusprechen.

2.5.1.8 2003/105; Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Geschichtliche Wahrheit nicht unter den Teppich kehren!; überwiesen am 08/05/2003 ^{*2}

Das Jubiläumsjahr des Bauernkrieges von 1653 ist vorbei. Die Durchführung einer separaten Feier ist von der Ratskonferenz des Landrates abgelehnt worden; das Postulat ist damit überholt.

Antrag: Das Postulat sei abzusprechen.

2.5.2 Motionen

2.5.2.1 2000/213; Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2000: Integration der Hochschule für Pädagogik (HP) und der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit (HFSa) als zusätzliche Departemente in die bestehenden Strukturen der FHBB; überwiesen am 30/11/2000

Ist in § 57 des Staatsvertrags zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB) geregelt.

Antrag: Die Motion sei als erfüllt abzusprechen.

² Gesetzl. Frist zur Erfüllung noch nicht abgelaufen

2.5.2.2 2000/266; Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung; überwiesen am 22/02/2001

Der Kanton hat sein Engagement in der Berufsbildung verstärkt. Z.B.

- Junior / 06 Service eingeführt
- Neue Lehrstellen im Gesundheitswesen
- Neue Regelung für Expertenhonore

Antrag: Die Motion sei als erfüllt abzuschreiben.

2.5.2.3 2001/067; Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Für die Zukunftsicherung des Impulsprogramms "Qualifikation"; überwiesen am 31/05/2001

Die kostendeckenden Projekte sind ins Normalprogramm der FHBB übergegangen. Die anderen Projekte laufen aus. Das Projekt "Frauen führen mit Know-how" wird – obwohl nicht kostendeckend – orderhand weitergeführt.

Antrag: Die Motion sei als teilweise erfüllt abzuschreiben.

2.5.2.4 2001/133; Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben; überwiesen am 31/05/2001

Die Projekte "e Lehr mit Kick" und "Fit im / 06" werden weitergeführt. Im Weiteren sind Massnahmen für die Verbesserung der Lehrstellensituation für Schwächere ergriffen worden.

Antrag: Die Motion sei als erfüllt abzuschreiben.

2.6 Landeskanzlei

2.6.1 Postulate

Keine.

2.6.2 Motionen

Keine.

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 1994/226; Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht; überwiesen am 16/02/1995

Nachdem der Inhalt der Familiensteuerreform auf Bundesebene feststeht (Steuerpaket 2001), kann die Familiensteuerreform auf kantonaler Ebene im Jahr 2004 nun angegangen werden.

3.1.1.2 1994/242; Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip; überwiesen am 16/02/1995

Dieses Postulat kann im Zusammenhang mit der kantonalen Familiensteuerreform erledigt werden.

3.1.1.3 1995/066; Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.); überwiesen am 29/05/1995

Dieses Postulat wird im Rahmen der Erarbeitung des Agenturberichts behandelt. Der Agenturbericht ist in Bearbeitung und wird bis Ende 2004 erstellt sein.

3.1.1.4 1995/172; Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen; überwiesen am 15/01/1996

Die konkrete Umsetzung dieses Anliegens kann mit der Einführung von NEST (Projekt CENSUS) per 2005 realisiert werden.

3.1.1.5 1997/104; Postulat der SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Verzicht auf die Erhebung der Handänderungssteuer bei Unternehmensumstrukturierungen (§ 84/3 Steuer- und Finanzgesetz); überwiesen am 19/03/1998

Die Forderung des Postulats wird bei den Steuergesetzrevisionen prioritär behandelt und spätestens im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform II des Bundes erledigt. Die Unternehmenssteuerreform auf kantonaler Ebene ist eine Massnahme, die im Regierungsprogramm 2004-2007 vorgesehen ist (vgl. Vorlage Nr. 2003/232).

3.1.1.6 1998/036; Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen; überwiesen am 14/05/1998

Dieser Vorstoss wird mit der Landratsvorlage zur Ausgabenbremse beantwortet. Die Vorlage wird im März 2004 in die Vernehmlassung geschickt.

3.1.1.7 1998/041; Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen; überwiesen am 14/05/1998

Die konkrete Umsetzung dieses Anliegens kann mit der Einführung von NEST (Projekt CENSUS) per 2005 realisiert werden.

3.1.1.8 1998/153; Postulat der CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien; überwiesen am 17/12/1998

Nachdem der Inhalt der Familiensteuerreform auf Bundesebene feststeht (Steuerpaket 2001), kann die Familiensteuerreform auf kantonaler Ebene im Jahr 2004 nun angegangen werden.

3.1.1.9 2000/036; Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung; überwiesen am 13/04/2000

Aufgrund der posteriorisiert und priorisiert durchgeführten Geschäftsbearbeitung konnte dieser Vorstoss nicht erledigt werden.

3.1.1.10 1999/232; Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates; überwiesen am 04/05/2000

Der definitive Entscheid des Landrates über die Totalrevision der BLPK-Statutenrevision (Vorlage Nr. 2003/213) muss abgewartet werden. Anschliessend wird eine Vorlage ausgearbeitet.

3.1.1.11 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000

Der Landrat hat sich am 5. Juni 2003 gegen eine Abschreibung des Postulats ausgesprochen. Bis Ende Mai wird eine Landratsvorlage erstellt.

3.1.1.12 2000/223; Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000; überwiesen am 13/12/2000

In dieser Sache haben die Eidgenössischen Räte eine Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter beschlossen. Die Referendumsfrist läuft bis Ende Januar 2004. Ein kantonaler Alleingang macht bei dieser Ausgangslage wenig Sinn.

3.1.1.13 2000/214; Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen; überwiesen am 13/12/2000

In dieser Sache haben die Eidgenössischen Räte eine Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter beschlossen. Die Referendumsfrist läuft bis Ende Januar 2004. Ein kantonaler Alleingang macht bei dieser Ausgangslage wenig Sinn.

3.1.1.14 2001/218; Postulat von Alfred Zimmermann vom 6. September 2001: Forderungen aus der Risikoanalyse des Flughafens; überwiesen am 24/01/2002

Das Sicherheitsinspektorat und die Kommission zur Beurteilung von Risiken haben mit Bericht vom 04.12.2003 die Risikoanalyse beurteilt. Im ersten Quartal 2004 wird die Vorlage an den Landrat überwiesen.

3.1.1.15 2001/228; Postulat der FDP-Fraktion vom 20. September 2001: Effiziente Prozesse bei der kantonalen Verwaltung; überwiesen am 21/03/2002

Das Anliegen dieses Postulats wird mit der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) erfüllt. Das Postulat soll mit der Landratsvorlage zur GAP abgeschrieben werden.

3.1.1.16 2001/296; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt; überwiesen am 31/10/2002

Dieser Vorstoss wird mit der Landratsvorlage zur Ausgabenbremse beantwortet. Die Vorlage wird im März 2004 in die Vernehmlassung geschickt.

3.1.1.17 2002/033; Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget; überwiesen am 14/11/2002

Die Landratsvorlage ist in Bearbeitung. Das Postulat wird bis Ende 2004 beantwortet.

3.1.2 Motionen**3.1.2.1 1988/006; Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge); überwiesen am 13/11/1989**

In dieser Sache haben die Eidgenössischen Räte eine Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter beschlossen. Die Referendumsfrist läuft bis Ende Januar 2004. Ein kantonaler Alleingang macht bei dieser Ausgangslage wenig Sinn.

3.1.2.2 1988/005; Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter; überwiesen am 13/11/1989

In dieser Sache haben die Eidgenössischen Räte eine Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter beschlossen. Die Referendumsfrist läuft bis Ende Januar 2004. Ein kantonaler Alleingang macht bei dieser Ausgangslage wenig Sinn.

3.1.2.3 1999/074; Motion von Eric Nussbaumer

vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II; überwiesen am 02/09/1999

Bericht der Fachstelle für Familienfragen liegt vor. Im Februar 2004 wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

3.1.2.4 1999/198; Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden; überwiesen am 13/01/2000

Dieser Vorstoss wird mit der Landratsvorlage zur Ausgabenbremse erfüllt. Die Vorlage wird im März 2004 in die Vernehmlassung geschickt.

3.1.2.5 2000/023; Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht; überwiesen am 04/05/2000

Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt und hat die komplexe Aufgabe einer Totalrevision des Gesetzes an die Hand genommen. Gemäss Terminplan wird die Vorlage in ca. einem Jahr überwiesen.

3.1.2.6 2000/113; Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen; überwiesen am 02/11/2000

Die Forderung der Motion wird bei den Steuergesetzesrevisionen prioritär behandelt und spätestens im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform II des Bundes erledigt. Die Unternehmenssteuerreform auf kantonaler Ebene ist eine Massnahme, die im Regierungsprogramm 2004-2007 vorgesehen ist (vgl. Vorlage Nr. 2003/232).

3.1.2.7 2001/034; Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten; überwiesen am 05/04/2001

Nachdem der Inhalt der Familiensteuerreform auf Bundesebene feststeht (Steuerpaket 2001), kann die Familiensteuerreform auf kantonaler Ebene im Jahr 2004 nun angegangen werden.

3.1.2.8 2001/155; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung; überwiesen am 13/12/2001

Nachdem der Inhalt der Familiensteuerreform auf Bundesebene feststeht (Steuerpaket 2001), kann die Familiensteuerreform auf kantonaler Ebene im Jahr 2004 nun angegangen werden.

3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 1997/129; Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern; überwiesen am 18/09/1997

Das Postulat soll im Rahmen der laufenden Revision des Kinderzulagengesetzes abgehandelt und erledigt werden können. Die entsprechende Landratsvorlage ist für das Jahr 2004 geplant.

3.2.1.2 1997/132; Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung; überwiesen am 04/12/1997

Nach dem grundsätzlichen Beschluss der Regierungen BL und BS über die Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel wurden die notwendigen Grundlagen erarbeitet. Eine Parlamentsvorlage über einen entsprechenden Staatsvertrag BS/BL wird im 1. Semester 2004 dem Landrat und dem Grossen Rat unterbreitet.

3.2.1.3 1997/191; Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei ärztlicher Selbstdispensation; überwiesen am 05/02/1998

Das Anliegen des Postulates wird aufgenommen im Rahmen der Landratsvorlage Gesetz über die Abgabe von Heilmitteln durch Arztpraxen (Selbstdispensations-Gesetz, SDG), deren Überweisung an das Kantonsparlament für das 2. Quartal 2004 geplant ist.

3.2.1.4 1999/215; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft); überwiesen am 16/12/1999

Die Anliegen des Postulates sind eingeflossen in die Landratsvorlage Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter, die dem Kantonsparlament noch im 1. Quartal 2004 unterbreitet werden soll. Der Regierungsrat wird dem Landrat im Rahmen dieser Gesetzesvorlage Antrag auf Abschreibung des Postulates stellen.

3.2.1.5 1999/202; Postulat der CVP / EVP - Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal; überwiesen am 10/02/2000

Die Bau- und Umweltschutzdirektion prüft, das Gebäude des Kant. Labors im Schöndal nicht mehr zu sanieren. Statt dessen ist eine Einmietung in den Neubau Gebäude "Futuro" der Gebäudeversicherung

geplant. Es ist vorgesehen, im Zusammenhang mit dieser Vorlage zu berichten, voraussichtlich im März 2004.

3.2.1.6 2000/246; Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001

Die Bearbeitung des Postulates hat sich aufgrund des hohen Arbeitsanfalles verzögert. Es ist vorgesehen, dem Landrat im 2. Semester 2004 einen Bericht vorzulegen.

3.2.1.7 2000/243; Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung; überwiesen am 25/01/2001

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Darin wird als Folgeschritt die Verzahnung der Strategieberichts mit den Planungen BS und der übrigen Kantone in der Nordwestschweiz vorgesehen. Durch das Scheitern der zweiten Teilrevision KVG am 17. Dezember 2003 hat sich an der Zielrichtung nichts geändert.

3.2.1.8 2000/240; Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen; überwiesen am 25/01/2001

Das Postulat soll im Rahmen der laufenden Revision des Kinderzulagengesetzes abgehandelt und erledigt werden können. Die entsprechende Landratsvorlage ist für das Jahr 2004 geplant.

3.2.1.9 2001/007; Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes; überwiesen am 22/02/2001

Die Fragestellung wird im Rahmen des Projektes GAP "Generelle Aufgabenüberprüfung" geprüft und dem Landrat zum Entscheid vorgelegt.

3.2.1.10 2001/070; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen; überwiesen am 31/05/2001

Der Bearbeitungsstand dieses Postulates war Gegenstand einer Interpellation von Rita Kohlermann vom 23. Mai 2002. Der Regierungsrat gestattet sich auch dieses Jahr, auf seine schriftliche Antwort vom 5. November 2002, LR-Vorlage 2002/133, zu verweisen. Der Regierungsrat legt darin im wesentlichen dar, dass mittels des Projektes EFFILEX die Regulationsdichte unseres kantonalen Rechtes wo immer möglich abgebaut und die verbleibenden Regelungen soweit nötig inhaltlich aktualisiert werden sollen. Die Wirkungskontrolle der Gesetzgebung setzt voraus, dass die Wirkungsziele im betreffenden Gesetz definiert sind und dass die Instrumente für die Über-

prüfung der Zielerreichung bereit stehen. Weiter wurde dargelegt, dass im Rahmen eines geeigneten Gesetzgebungsprojektes ein Pilotprojekt durchgeführt werden soll, um Erfahrungen zu sammeln. Mit dem neuen Tourismusgesetz, das am 1. Dezember 2003 in Kraft getreten ist, liegt nun ein erstes Gesetz vor, das eine Wirkungskontrolle ermöglichen wird.

3.2.1.11 2001/213; Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion; überwiesen am 13/12/2001

Wie bereits im Rahmen der letztjährigen Sammelvorlage 2003/041 betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind, ausführlich dargelegt wurde, besteht materiell ein enger Zusammenhang zwischen dem noch unbeantworteten Postulat 2002/099 und der Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes. Die abschliessende Beantwortung erfolgt deshalb im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Vorlage zum Wirtschaftsförderungsgesetz.

3.2.1.12 2002/127; Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen; überwiesen am 05/09/2002

Die Errichtung einer zusätzlichen Kinderkrippe in Liestal, die auch Kinder von Mitarbeitenden des Kantons hätte aufnehmen können, ist vorerst an der Raumfrage gescheitert. Vorgesehen war die Unterbringung in der Villa "Rotzetter" in Nähe des Kantonsospitals Liestal, deren Zustand jedoch mittlerweile so schlecht ist, dass sie abgebrochen werden muss. Der Regierungsrat hat das Hochbauamt beauftragt, Abklärungen für ein geeignetes Ersatzobjekt durchzuführen.

3.2.1.13 1999/169; Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein; überwiesen am 17/10/2002

Das Postulat wurde mit LRV 2002/025 zur Abschreibung beantragt. Mit LRB 1714 vom 17.10.2002 folgte der Landrat dem anderslautenden Antrag der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und beschloss, das Postulat stehen zu lassen (neuer Fristenlauf). Eine Bearbeitung ist erst nach Behandlung der Parlamentsvorlage über die Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel vorgesehen.

3.2.1.14 2002/099; Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parks Reinach und ähnlich gelagerter Projekte; überwiesen am 14/11/2002

Mit der finanziellen Unterstützung des Business Parks Reinach aus den Mitteln des Wirtschaftsförderungsfonds sowie der erklärten Bereitschaft des Regierungsrates, weitere gleich oder ähnlich konzipierte Projekte auch künftig im Rahmen des beste-

henden Gesetzes zu unterstützen, sind die zentralen Anliegen des Postulates erfüllt. Da das Kernanliegen dieser am 14. November 2002 als Postulat überwiesenen Motion aber in einem engen Zusammenhang mit der Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes steht, erfolgt die abschliessende Beantwortung im Rahmen dieser Gesetzesvorlage im Verlauf des 2. Semesters 2004.

3.2.1.15 2002/088; Postulat von Agathe Schuler vom 21. März 2002: Jugendliche rauchen immer früher; überwiesen am 14/11/2002

Zu diesem Vorstoss ist ein Gesetz über die Verkaufs- und Werbebeschränkung für alkoholische Getränke und Tabakwaren in Bearbeitung. Die Vorlage soll im 1. Quartal 2004 in Vernehmlassung gehen.

3.2.1.16 2002/250; Postulat von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Gesundheitskosten - Gesundheitsförderung auch am Arbeitsplatz; überwiesen am 28/11/2002

Die Gesundheitsförderung Baselland hat im Berichtsjahr mit der Fachstelle für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz Kontakt aufgenommen. Nach einer ersten Beurteilung wurde die Arbeit am Vorstoss unter Berücksichtigung der direktionsinternen Prioritäten aber vorerst ausgesetzt. Eine Berichterstattung ist noch nicht möglich.

3.2.1.17 2002/073; Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter; überwiesen am 28/11/2002

Die Anliegen des Postulates sind eingeflossen in die Landratsvorlage Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter, die dem Kantonsparlament noch im 1. Quartal 2004 unterbreitet werden soll.

3.2.1.18 2002/252; Postulat von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung; überwiesen am 28/11/2002

Der Prozess der medizinischen Schwerpunktbildung ist schweizweit eingeleitet. Im Herbst 2003 wurde der Bericht des Projekts "Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin" der Arbeitsgruppe Spitzenmedizin der SDK einer Vernehmlassung unterzogen. Am 4. Dezember 2003 erteilte die Plenarversammlung der SDK dem Vorstand die Kompetenz zur Einsetzung der Interkantonalen Kommission "Konzentration der hochspezialisierten Medizin" (CI-COMS), damit die Arbeiten auf fachlicher Ebene ohne Verzug vorangetrieben werden können.

3.2.1.19 2002/189; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Vertiefte Kostentransparenz und vergleichbare Betriebskostenrechnungen BL und BS; überwiesen am 28/11/2002

Von *H+* die *Spitäler der Schweiz* wird gegenwärtig im Projekt REKOLE die Einführung einer standardisierten Kostenrechnung vorangetrieben. Ab Mitte 2004 wird das entsprechende Handbuch vorliegen, welches anschliessend in den Spitälern schweizweit umgesetzt werden soll. Damit werden die Betriebsrechnungen der verschiedenen Spitäler vergleichbar. Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Darin wurden die Vorarbeiten für den in der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehenen Übergang zur leistungsorientierten Abgeltung geleistet, welche zusammen mit der Trennung der Kosten von Dienstleistung und Lehre und Forschung Basis für die notwendige Transparenz bildet. Durch das Scheitern der zweiten Teilrevision KVG am 17. Dezember 2003 muss das konkrete weitere Vorgehen neu beurteilt werden; an der Zielrichtung hat sich jedoch nichts geändert.

3.2.1.20 2002/190; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt darin zum Schluss, dass die zentrumsmedizinischen Leistungen weiterhin im Kanton Basel-Stadt erbracht werden sollen und dass der Zugang zu Zentrumsleistungen wie bis anhin durch den Kanton im Einzelfall bewilligt werden soll.

Bezüglich der Optimierung der Abläufe in den Notfallstationen sind derzeit am Kantonsspital Liestal Abklärungen mit der Ärztesgesellschaft BL im Gang.

3.2.1.21 2002/229; Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Nordwestschweizerisches Gesundheitskonkordat; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt darin zum Schluss, dass die gemeinsame Spitalplanung auf einer strategischen Ebene weiterhin mit dem Kanton Basel-Stadt durchgeführt und auch die übrigen Kantone im Raum Nordwestschweiz verstärkt eingebunden werden sollen. Ausserdem sollen die Planungen der verschiedenen Kantone in der Nordwestschweiz im Hinblick auf die Revision der Spitalfinanzierung miteinander in entsprechenden Arbeitsgruppen verzahnt werden.

3.2.1.22 2002/191; Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Synergiepotential der BL-Spitäler nutzen; überwiesen am 28/11/2002

Am 10. November 2003 wurde von der Regierung der Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL, Vorlage 2003/269) an den Landrat weitergeleitet. Die Regierung kommt darin zum Schluss, dass die Aufgabenteilung bzw. Schwerpunktbildung zwischen den Baselbieter Kantonsspitalern weiterentwickelt werden soll. Ausserdem soll die innerkantonale Vernetzung in den beiden kantonalen Gesundheitsregionen Oberbaselbiet / Liestal und Unterbaselbiet / Laufental ausgebaut werden. Dazu soll die Koordinationskonferenz zwischen den kantonalen Spitälern in speziellen Fällen einen wichtigen substanziellen Kompetenzzuwachs erhalten.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 2001/065; Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen; überwiesen am 31/05/2001

Eine Revision des Gesetzes ist in Bearbeitung. Der Regierungsrat wird dem Landrat im Verlauf des 2. Semesters 2004 eine Gesetzesvorlage überweisen.

3.2.2.2 2001/154; Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland; überwiesen am 29/11/2001

Die Forderungen der Motion werden aufgenommen im Rahmen der Landratsvorlage Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter, die dem Kantonsparlament noch im 1. Quartal 2004 unterbreitet werden soll.

3.2.2.3 2001/130; Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Aenderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe; überwiesen am 29/11/2001

Das Anliegen der Motion wird aufgenommen im Rahmen der laufenden Revision des Gesundheitsgesetzes; die entsprechende Landratsvorlage soll im Sommer 2004 einem öffentlichen Vernehmlassungsverfahren unterzogen werden.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 1983/229; Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel; überwiesen am 02/02/1987

Der Kanton Basel-Stadt lehnt es ab, die mit der Linienverlängerung verbundenen Kosten zu übernehmen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

3.3.1.2 1990/136; Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein; überwiesen am 13/05/1991

Die im Jahre 2001 durchgeführte hydrologische Untersuchung hat keine eindeutigen Resultate bezüglich der Machbarkeit einer Revitalisierung ergeben. Definitive Schlüsse müssen mit Feldversuchen ermittelt werden. Diese sind in Erarbeitung.

3.3.1.3 1989/318; Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn; überwiesen am 20/11/1991

Seit 1997 werden die Linien sukzessive eingeführt. Ab dem Fahrplanjahr 2005 soll zuerst auf der roten Linie (Zell i.W. - Basel Bad. Bhf.) neues Rollmaterial (Flirt) eingesetzt werden. Der Einsatz neuen S-Bahn-Rollmaterials erfordert Ausbaumassnahmen an den Bahnhöfen. Eine Vorlage an den Landrat ist im Jahr 2004 vorgesehen.

3.3.1.4 1991/279; Postulat von Annemarie Spinner vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden; überwiesen am 01/06/1992

Die Landratsvorlage wird im Januar 2004 dem Regierungsrat zur Verabschiedung an der Landrat vorgelegt, darin wird die Abschreibung beantragt.

3.3.1.5 1991/195; Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe; überwiesen am 01/02/1993

Während für die Höhere Fachschule Gesundheit die neu zu bildende Trägerschaft noch gesucht werden muss, übernimmt der Kanton Basel-Landschaft die Verantwortung und Trägerschaft für die Berufsschule Gesundheit. Mit RRB Nr.1872 vom 19. November 2002 wurde die BUD beauftragt, die erforderlichen Raumressourcen mittel- und langfristig zur Verfügung zu stellen und dafür besorgt zu sein, dass die im Investitionsprogramm definierte Terminplanung eingehalten werden kann. Das dafür notwendige Raumprogramm liegt nun vor. Dabei soll kurzfristig die Miete von Räumlichkeiten (ab 2004) und langfristig der Bau einer Berufsfachschule Gesundheit in Angriff

genommen werden.

Der Regierungsrat sieht für das Schuljahr 2004/2005 eine Einmietung vor, die als definitive Lösung dienen kann. Auf die Investition eines Neubaus, die in den Jahren 2005 bis 2009 – den Jahren mit der höchsten finanziellen Belastung für den Kanton – anfallen würde, kann somit verzichtet werden. Nach Unterzeichnung des Mietvertrages kann die Abschreibung des Postulats beantragt werden.

3.3.1.6 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Zwei Studien über die Optimierung des öffentlichen Verkehrs in Allschwil (inkl. Tramverbindung zum Bahnhof Basel SBB) sind abgeschlossen, ebenso die Vernehmlassung. Die Auswertung und entsprechende Beschlüsse stehen noch aus.

3.3.1.7 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994

Zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt ist ein Konzept für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr erarbeitet worden. Auf dieser Grundlage und auf der Grundlage der neuen eidg. Gesetzgebung (2002/2003) wird eine Revision des kantonalen öV-Gesetzes vorbereitet.

3.3.1.8 1995/230; Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen; überwiesen am 05/02/1996

Die Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien für Kantonsstrassen in erhaltenen Ortskernen in Zusammenarbeit mit dem IVT der ETH-Zürich mit dem Ziel, Erfahrungen und Erkenntnisse in einer Nachfolgeschrift darzulegen und allenfalls notwendige Anpassungen und Ergänzungen zu den damals aufgestellten Projektierungsgrundsätzen zu formulieren, wird im ersten Semester 2004 abgeschlossen.

3.3.1.9 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt ist ein Konzept für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr erarbeitet worden. Auf dieser Grundlage und auf der Grundlage der neuen eidg. Gesetzgebung (2002/2003) wird eine Revision des kantonalen öV-Gesetzes vorbereitet.

3.3.1.10 1998/193; Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald; überwiesen am 04/03/1999

Das Postulat wird im Rahmen der Landratsvorlage zum Kantonalen Richtplan bearbeitet. Der kantonale Richtplan ist in Bearbeitung und kommt voraussichtlich im Laufe des Jahres 2004 in die öffentliche Vernehmlassung.

3.3.1.11 1998/250; Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub; überwiesen am 15/04/1999

Das Anliegen des Postulates wird im Rahmen der Revision des Luftreinhalteplanes berücksichtigt. Die öffentliche Vernehmlassung zum Luftreinhalteplan wurde im Berichtsjahr angeschlossen. Das Postulat kann im Zusammenhang mit der Verabschiedung des revidierten Luftreinhalteplans durch den Regierungsrat an den LR zur Abschreibung beantragt werden (voraussichtlich im 1. Quartal 2004).

3.3.1.12 1999/058; Postulat von Heidi Portmann vom 25. März 1999: Einspar- und Anlagen-Contracting - dem raffinierten Weg zum technischen Energiesparen, Produzieren, Geld sparen und Umwelt schützen; überwiesen am 11/11/1999

Landratsvorlage wird im 1. Quartal 2004 dem Regierungsrat zur Verabschiedung an der Landrat vorgelegt, darin wird die Abschreibung beantragt.

3.3.1.13 1999/130; Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkerne; überwiesen am 11/11/1999

Dem Postulat wird mit der Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien gemäss Postulat 1995/230 von D. Assolari vom 14.12.95 Rechnung getragen.

3.3.1.14 2000/037; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental; überwiesen am 06/04/2000

Die Planungsstudie und die Zweckmässigkeitsprüfung für die Südumfahrung Basel sind abgeschlossen, die als zweckmässig beurteilte Variante soll in den Richtplan aufgenommen werden.

3.3.1.15 1999/255; Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal; überwiesen am 24/02/2000

Das Projekt einer Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal wurde noch nicht geprüft. Die Aufnahme im kantonalen Richtplan (Vorentwurf) ist nicht vorgesehen.

3.3.1.16 2000/080; Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz; überwiesen am 21/09/2000

Das Postulat wird bis Ende 2004 beantwortet.

3.3.1.17 2000/134; Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 21/09/2000

Mit fortschreitender Automatisierung (z. B. zentrale Stellwerkanlagen, Billettautomaten) werden die Bahnhöfe nicht mehr mit Personal besetzt. Die SBB bemühen sich zusammen mit den Gemeinden um wirtschaftliche Lösungen, welche aber im heutigen Wirtschaftsumfeld selten erfolgreich sind. Ein politischer Entscheid über finanzielle Mehrleistungen ist nötig, ob sich der Kanton im Sinne des Service public engagieren soll, will und kann.

3.3.1.18 2000/269; Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal; überwiesen am 08/02/2001

Die Planungsarbeiten für das Verkehrskonzept Liestal zur Lösung der Verkehrsprobleme auf dem übergeordneten und dem lokalen Strassennetz sind abgeschlossen. Zurzeit wird der Variantenvergleich erstellt, anschliessend sollen im Rahmen der Richtplanung das Strassennetz und das weitere Vorgehen in Zusammenarbeit mit der Stadt Liestal festgelegt werden.

3.3.1.19 2000/274; Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70; überwiesen am 22/02/2001

Der Kanton Basel-Stadt lehnt es ab, die mit der Linienverlängerung verbundenen Kosten zu übernehmen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

3.3.1.20 2000/229; Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum; überwiesen am 05/04/2001

Eine entsprechende Studie für die Linienverlängerung wurde erstellt. Unter Voraussetzung, dass die Mehrkosten finanziert werden (Budget 2004 und Folgejahre), kann das Postulatanliegen ab August 2004 als Probebetrieb realisiert werden.

3.3.1.21 2000/196; Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung; überwiesen am 05/04/2001

Die Studie über die Kostenverteilung ist im Gange.

3.3.1.22 2000/197; Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen; überwiesen am 05/04/2001

Das Fahrplankonzept und die Realisierungskosten liegen vor. Das Postulatanliegen wird im 5. Generellen Leistungsauftrag (2006-2009) dem Landrat zum Entscheid unterbreitet.

3.3.1.23 2001/056; Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch; überwiesen am 05/04/2001

Das Fahrplankonzept und die Realisierungskosten sind bekannt. Das Postulatanliegen wird im 5. Generellen Leistungsauftrag (2006-2009) dem Landrat zum Entscheid unterbreitet.

3.3.1.24 2001/111; Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs MuttENZ zum "Euro-Hub"; überwiesen am 31/05/2001

Im Plangenehmigungsverfahren der SBB betreffend Lärmsanierung Gemeinde MuttENZ vom 18. Dezember 2001 ist die Lärmsanierung der Rangieranlagen West und Ost des Güterbahnhofs MuttENZ enthalten. Bei den Immissionsberechnungen ist die zusätzliche Gütermenge durch den Betrieb des "Euro-Hubs" berücksichtigt.

3.3.1.25 2001/114; Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe; überwiesen am 31/05/2001

Die sehr komplexe Materie soll im Rahmen der kantonalen Richtplanung definiert, bzw. zur Diskussion gestellt werden. Die Vorarbeiten dazu sind bereits abgeschlossen.

3.3.1.26 2001/112; Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung; überwiesen am 31/05/2001

Im Regionalplan Siedlung sind die Arbeitsplatzgebiete von kantonomer Bedeutung definiert. Das ALV engagiert sich sehr stark in diesen Arbeitsplatzgebieten, ganz im Sinne des Postulats.

3.3.1.27 2001/129; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profils in der kantonalen Verwaltung; überwiesen am 29/11/2001

Die Arbeiten sind im Gange in Kombination mit dem Postulat 2002/101 – Einführung eines Umweltmanagementsystems in der Kant. Verwaltung zur Erreichung der CO₂-Vorgabe. Derzeit wird im AUE ein Konzept für das Umweltmonitoring erstellt. Parallel dazu laufen die Arbeiten für die Einführung des Nachhaltigkeitsaudits in der kantonalen Verwaltung (Strategie NHE BL). Die Erstellung eines Öko-Effizienz-Profils und von systematischen Umweltmanagementformen werden in diesem Rahmen berücksichtigt.

3.3.1.28 2001/164; Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim); überwiesen am 29/11/2001

Zurzeit läuft beim Bundesamt für Verkehr (BAV) das

Plangenehmigungsverfahren im Sinne des Postulats. Trotz schwieriger und mühsamer Einsprachenbehandlung sollte das Verfahren im Jahr 2004 abgeschlossen werden können.

3.3.1.29 2001/161; Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen-Delémont; überwiesen am 29/11/2001

Der Regierungsrat hat dem UVEK den Ausbau der Einspurstrecke auf Doppelspur im Rahmen des Sachplans Verkehr beantragt. Der Entscheid ist noch hängig.

3.3.1.30 2001/251; Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse; überwiesen am 10/01/2002

Die Planungsstudie und die Zweckmässigkeitsprüfung für die Südumfahrung Basel sind abgeschlossen, die als zweckmässig beurteilte Variante soll in den Richtplan aufgenommen werden. Ebenfalls abgeschlossen und mit der Gemeinde Aesch besprochen ist die Planungsstudie für einen Vollanschluss Aesch an der H18 sowie eine Verbesserung des Knotens Angenstein.

3.3.1.31 2001/290; Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit; überwiesen am 19/09/2002

Zurzeit werden die Beleuchtungsrichtlinien für Kantonsstrassen überarbeitet. In diesem Zusammenhang wird – unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte – auch der Einsatz von stromsparenden Leuchten geprüft.

3.3.1.32 2002/003; Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs; überwiesen am 17/10/2002

Die Studie über die Kostenverteilung ist im Gange.

3.3.1.33 2002/097; Postulat von Heinz Aebi vom 18. April 2002: Sanierung bzw. Aufhebung von unbewachten Bahnübergängen auf der SBB-Linie zwischen Grellingen und Soyhières; überwiesen am 31/10/2002

Der Bau- und Umweltschutzdirektion sind bisher weder von den SBB noch vom Bundesamt für Verkehr (BAV) Projekte zur Sanierung bzw. Aufhebung von unbewachten Bahnübergängen auf der basellandschaftlichen Laufentalstrecke zur Stellungnahme oder zur Auflage vorgelegt worden. Das vorgeschriebene Plangenehmigungsverfahren, welches auch allfällige Kostenteiler- und Enteignungsfragen beinhaltet, ist vom Bundesamt für Verkehr (BAV) noch nicht eingeleitet worden.

3.3.1.34 2002/051; Postulat von Hildy Haas vom 28. Februar 2002: Reaktivierung der Buslinie 55, Hägendorf-Allerheiligenberg-Bärenwil-Langenbruck; 14/11/2002

Mehrere Varianten wurden überprüft. Die Gemeinde Langenbruck hat sich für die Variante mit einer Reaktivierung der Buslinie 55 ausgesprochen (4 Kurspaare pro Tag). Falls die Finanzierung sichergestellt werden kann (Budget 2005), kann der Probetrieb ab Fahrplanwechsel vom 12. Dezember 2004 aufgenommen werden.

3.3.1.35 2002/101; Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO₂-Zielvorgaben; überwiesen am 12/12/2002

Die Arbeiten sind im Gange in Kombination mit Postulat 2001/129. Derzeit wird im AUE ein Konzept für das Umweltmonitoring erstellt. Parallel dazu laufen die Arbeiten für die Einführung des Nachhaltigkeitsaudits in der kantonalen Verwaltung (Strategie NHE BL). Die Erstellung eines Öko-Effizienz-Profiles und von systematischen Umweltmanagementformen werden in diesem Rahmen berücksichtigt.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Jura-durchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Die Entscheide des Bundesrates und des eidg. Parlamentes werden frühestens im Jahr 2006 erwartet. Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich mehrmals für den Wisenbergtunnel ausgesprochen. Ein breit abgestütztes Komitee zur Unterstützung ist gebildet worden und ist im vergangenen Herbst erstmalig an die Öffentlichkeit getreten.

3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 1994/175; Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration; überwiesen am 20/10/1994

Nach wie vor werden die Ergebnisse der Reform auf Bundesebene abgewartet.

3.4.1.2 1994/169; Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten "zweiten Generation"; überwiesen am 20/10/1994

Nach wie vor werden die Ergebnisse der Reform auf Bundesebene abgewartet.

3.4.1.3 1995/159; Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980; überwiesen am 05/02/1996

Ein erster Revisionsentwurf liegt vor. Das Vernehmlassungsverfahren soll im Jahre 2004 durchgeführt werden.

3.4.1.4 1999/201; Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis; überwiesen am 13/01/2000

Infolge anderweitiger Inanspruchnahme konnte eine Vorlage noch nicht ausgearbeitet werden – sie ist aber jetzt definitiv für das Jahr 2004 geplant.

3.4.1.5 1999/185; Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht; überwiesen am 27/01/2000

Zur Zeit wird die eidgenössische Zivilprozessordnung erarbeitet. Wenn das Bundesgesetz zustande kommt, wird auch das kantonale Recht anzupassen sein. Eine kantonale Revision vor Erlass der eidgenössischen Gesetzgebung erscheint unter diesen Umständen nicht sinnvoll.

3.4.1.6 1999/137; Postulat der SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen; überwiesen am 10/02/2000

Das Anliegen wird zurzeit direktionsintern bearbeitet und im Rahmen der nächsten Revision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes behandelt (in Zusammenhang mit den übrigen Bürgerrechtsvorstössen, bei denen nächstens die Bundesvorgaben bekannt sein sollten).

3.4.1.7 2001/003; Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche; überwiesen am 26/04/2001

Nach wie vor werden die Ergebnisse der Reform auf Bundesebene abgewartet.

3.4.1.8 2001/167; Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?; überwiesen am 29/11/2001

Der Vorstoss konnte bis jetzt noch nicht bearbeitet werden. Dem Landrat wird im Laufe des Jahres 2004 Bericht erstattet.

3.4.1.9 2001/073; Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr; überwiesen am 29/11/2001

Der Vorstoss konnte bis jetzt noch nicht bearbeitet werden. Dem Landrat wird im Laufe des Jahres 2004 Bericht erstattet.

3.4.1.10 2001/163; Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips; überwiesen am 10/01/2002

Der Vorstoss konnte bis jetzt noch nicht bearbeitet werden

3.4.2 Motionen

3.4.2.1 2001/090; Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz); überwiesen am 20/09/2001

Ein Entwurf für die Vernehmlassungsvorlage liegt vor. Das Vernehmlassungsverfahren wird im ersten Semester 2004 durchgeführt.

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 2000/098; Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal; überwiesen am 30/11/2000

Das Hochbauamt hat in Zusammenarbeit mit der betroffenen Dienststelle eine Vorprojektstudie ausgearbeitet, die im Laufe der ersten Jahreshälfte 2004 zu einem diskussionsfähigen Vorprojekt ausgearbeitet werden soll. Dieses Vorprojekt wird die Grundlage für einen Entscheid über Umfang und Qualität der Sanierung, Erschliessung und künftigen Nutzung der Villa Munzach bilden.

3.5.1.2 2001/168; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen; überwiesen am 10/01/2002

Die operationelle Bewerksstellung einer zufriedenstellenden und zuverlässigen Bedarfsabklärung ist nicht geklärt. Recherchen sind im Gange.

3.5.1.3 2002/016; Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2002: Werbung für Augusta Raurica; überwiesen am 12/09/2002

Die Römerstadt hat 2002 ein Grobkonzept erarbeitet, beim Raststättenbetreiber Offerten eingeholt und darauf basierend Ende April / Anfang Mai 2003 mit der Eingabe des Budgets 2004 auch CHF 75'000.– eingesetzt. In der Sparrunde vom 05.08.2003 musste u.a. auch dieser Posten leider wieder aus dem Budget 2004 gestrichen werden; mit "budgetneutralen" Kompensationen ist das Projekt nicht zu realisieren.

3.5.1.4 2001/300; Postulat von Ruedi Brassel vom 13. Dezember 2001: Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung; überwiesen am 12/09/2002

Angelegenheit von Basel-Landschaft und Basel-Stadt (analoger Anzug in BS) und der Universität. Von dort müsste im Moment ein Impuls kommen.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 2001/113; Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums für Rechnungswesen / Controlling an der Fachhochschule beider Basel; überwiesen am 31/05/2001

Eine Landratsvorlage ist für Januar 2004 vorgesehen.

3.6 Landeskantlei / Kantonsgericht

3.6.1 Postulate

3.6.1.1 1998/197; Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung; überwiesen am 15/04/1999

Das Postulat wird laufend umgesetzt im Rahmen des Projektes "EFFILEX".

3.6.1.2 1998/221; Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte; überwiesen am 15/04/1999

Das Postulat ist erst am 13. Mai 2003 vom Regierungsrat an das Kantonsgericht überwiesen worden. Die Beantwortung erfolgt im 1. Quartal 2004.

3.6.1.3 2002/043; Verfahrenspostulat von Roland Laube vom 7. Februar 2002: Änderung der Reihenfolge der Traktanden; überwiesen am 12/09/2002

Das in modifizierter Form überwiesene Verfahrenspostulat wird bei der nächsten Revision der Geschäftsordnung formell umgesetzt. Materiell wird bereits heute nach dem beschlossenen Verfahren vorgegangen.

3.6.1.4 2001/162; Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide; überwiesen am 29/11/2001

Das Postulat ist erst am 13. Mai 2003 vom Regierungsrat an das Kantonsgericht überwiesen worden. Die Beantwortung erfolgt im 1. Quartal 2004.

3.6.2 Motionen

Keine.

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist zu deren Erfüllung um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 27. Januar 2004

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident:

Straumann

der Landschreiber:

Mundschin

Beilagen:

- Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)
- Abzuschreibende Aufträge (Postulate und Motionen)

Bis 31. Dezember 2003 erfüllte,
aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Nr. neu
1990/118	Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979	2002/113
1995/184	Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957)	2003/228
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz	2003/033
2000/130	Motion von Erziehungs- und Kulturkommission vom 8. Juni 2000: Revision Finanzausgleich	2002/223
2000/198	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Oktober 2000: Betriebswirtschaftliche Grundlagen für partnerschaftliche Geschäfte	2003/277
2001/005	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Partnerschaft 2010+; ein Planungsinstrument für langfristige Strategien in der Partnerschaft	2003/277
2001/023	Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft	2003/277
2001/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung einer Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie	2003/231
2001/237	Postulat von Sabine Pegoraro vom 27. September 2001: Kennzahlen zur Partnerschaft	2003/277
2002/002	Motion von Urs Steiner vom 10. Januar 2002: Revision § 97 Abs. 5 des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) betr. Festlegung des Mindestabstandes der Baulinie entlang von Waldrändern	2003/182
2002/029	Motion der FDP-Fraktion vom 7. Februar 2002: Wie steht es mit der EDV im Kanton wirklich?	2002/212
2002/034	Postulat von Patrick Schäfli vom 7. Februar 2002: Ausbau der englischsprachigen Schulplätze im Baselbiet: International School of Basel, Reinach	2003/231
2002/143	Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung	2003/289
2003/184	Postulat von Hannes Schweizer vom 4. September 2003: Linderung der Auswirkungen der Trockenheit auf die Baselbieter Landwirtschaft	2003/249

Pro memoria: Vorstösse, deren Abschreibung der Landrat 2003 abgelehnt hat und die damit – mit neuem Fristenlauf – wieder hängig sind:

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Nr. neu
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental Abschreibung wurde vom Landrat bei Behandlung der Vorlage 2002/237 abgelehnt (LRB 2189 vom 05.06.2003)	2002/237
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags Abschreibung wurde vom Landrat bei Behandlung der Vorlage 2002/334 abgelehnt (LRB 50 vom 04.09.2003)	2002/334
2002/015	Postulat von Urs Baumann vom 24. Januar 2002: Ermittlung von wirtschaftlich interessanten Industrie- und Gewerbezonnen im Kanton Basel-Landschaft Abschreibung wurde vom Landrat bei Behandlung/Rückweisung der Vorlage 2003/012 abgelehnt (LRB 144 vom 30.10.2003)	2003/012